

allseitige Stärkung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR dazu beiträgt den Frieden zu sichern, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durchzusetzen und normale Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zu allen Staaten, darunter auch zur BRD, herzustellen. In voller Übereinstimmung mit dem Programm der KPdSU wird die Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung zum Kommunismus aufgezeigt, für den die objektiven und subjektiven Voraussetzungen durch die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden. Das ZK der SED wählte auf seiner 6. Tagung (Juli 1972) eine Kommission zur Überarbeitung des Programms und eine Kommission zur Überarbeitung des Statuts der Partei im Lichte der Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED.

Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes: programmatisches Dokument der KPD, vom ZK am 24. 8. 1930 in der „Roten Fahne“ veröffentlicht; enthielt die Generallinie der KPD für den Kampf gegen den drohenden —>■ *Faschismus* und die wachsende Kriegsgefahr. Die P. zeigte der deutschen Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen die antiimperialistisch-demokratische und sozialistische Alternative zur nationalen und sozialen Versklavung des deutschen Volkes durch den in- und ausländischen Imperialismus. Mit der P. entlarvte die KPD die Nazipartei als „Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur“, als volks- und arbeiterfeindlich, als Partei der äußersten Reaktion. Die KPD erklärte:

Die faschistische Gefahr ist eine imperialistische Gefahr, der Kampf gegen den Nazismus muß als Klassenkampf gegen den Imperialismus geführt werden, und zwar gegen das Auslandskapital und die eigene Bourgeoisie. Die P. richtete sich gegen Großbourgeoisie und Junkertum und forderte die Schaffung einer einheitlichen Front gegen Finanzkapital und Faschismus. In diesem Zusammenhang kritisierte sie die Politik der rechten SPD-Führer, die die imperialistische Reaktion begünstigte. Die P. legte dar, welche Maßnahmen die Arbeiterklasse nach der Eroberung ihrer politischen Macht treffen werde, u. a. Annullierung des Versailler Vertrages und des Young-Plans; Herstellung eines festen politischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit der UdSSR; entschädigungslose Enteignung der Großbetriebe, der Banken und des Großhandels; entschädigungslose Enteignung des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer und seine Aufteilung an landarme Bauern. Die antiimperialistische Stoßrichtung der P. erleichterte in der Folgezeit die Zusammenarbeit mit sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern (—>■ *Aktionseinheit*). Erstmals legte die KPD zusammenhängend die Stellung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur nationalen Frage dar. Die P. war ein wichtiger Schritt zur Ausarbeitung einer den Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland entsprechenden marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik. Das ZK der KPD ergänzte die P. durch das Bauernhilfsprogramm und den Arbeitsbeschaffungsplan (1931).

Proletariat —>- *Arbeiterklasse*